

# Energiebrief 03/2021

Der Informationsdienst für energiepolitische Entscheider

## Schwerpunkt 2

### **Studie: Fossile treiben Strompreis**

Die stark steigenden Energiepreise haben zuletzt für Schlagzeilen gesorgt. Was für den Anstieg gesorgt hat – und wie diesem Trend, auch mittelfristig, begegnet werden kann.

## Strom in Zahlen und Bildern 4

### **Fakten zum Strompreis**

## Energiestandort 5

### **Europäische Energiepolitik: Deutsche Grünlichkeit**

Die neue Ampelkoalition rückt die Energiepolitik ins Zentrum ihres Regierungsprogramms. Wie ambitioniert ist der deutsche Pfad zur Energiewende?

### **Versorgungssicherheit: Zwischen Alarmismus und Sorglosigkeit**

Die öffentliche Debatte pendelt zwischen dem Ignorieren und dem Dramatisieren der Versorgungssicherheit. Ein faktenbasierter Ansatz wäre zielführender: was zur Absicherung der Versorgung tatsächlich nötig wäre.

## Termine 7

### **Österreichs E-Wirtschaft kompakt**

### **Recht in der Energiewirtschaft**

## Über uns/Impressum 8

Online finden Sie die Energiebriefe  
unter [oesterreichsenergie.at/  
publikationen](https://www.oesterreichsenergie.at/publikationen)



# Fossile treiben Strompreis

Global stark steigende Energiepreise schlagen nur zum Teil auf die Strompreise der Endkunden durch. Am Marktdesign besteht jedoch kein Zweifel. Der Umbau in Richtung Erneuerbare wird die Abhängigkeit von Fossilen reduzieren.

Der Spätherbst des Jahres 2021 war – neben dem Dauerbrenner Corona – thematisch stark von der Diskussion um steigende Energiepreise für Endverbraucherinnen und Endverbraucher geprägt. Der Preis für Heizöl schnellte im Jahresvergleich um mehr als 60 Prozent, die Preise für Diesel bzw. Superbenzin um knapp 35 bzw. 30 Prozent in die Höhe. Gas wurde um 15,6 Prozent teurer, Strom immerhin noch um 9,6 Prozent. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten sorgte das für Schlagzeilen. Weit weniger Aufsehen erregte ein Jubiläum: jenes von 20 Jahren Strommarktliberalisierung in Österreich. Dabei hängen bei näherer Betrachtung Liberalisierung und Preisentwicklung eng zusammen.

## Liberalisierung brachte 13 Mrd. Euro

So unerfreulich die aktuelle Preisentwicklung sein mag: die Liberalisierung vor 20 Jahren hat sich buchstäblich ausgezahlt. Das zeigt eine im Auftrag der E-Control erstellte Studie. Insgesamt ersparten sich Stromkunden seit 2001 stolze 13 Mrd. Euro. Für Haushalte sind das 305 Mio. Euro pro Jahr (bei Nichthaushalten sind es 347 Mio. Euro pro Jahr). Dreht man die Rechnung um, zeigt sich, dass ohne Liberalisierung jeder Haushalt heute um 13 Prozent höhere Strompreise bezahlen müsste; Gewerbe und Industrie müssten 10 Prozent mehr bezahlen.

Die Studie der Österreichischen Energieagentur (AEA) im Auftrag von Österreichs Energie weist nach, dass die heimischen Strompreise im EU-Vergleich auf moderatem und (kaufkraftbereinigt) leicht unter dem EU27-Niveau liegen. Zudem kommt ein leicht verständliches Phänomen: Steigen die Preise wie aktuell, gibt es den Aufschrei. Fallen sie – wie das in den vergan-

genen Jahren oft vorkam –, wird das nicht groß auf der eigenen Haben-Seite verbucht. Nüchtern betrachtet handelt es sich bei den Preisentwicklungen über die Jahre hinweg um das altbekannte Wechselspiel von Angebot und Nachfrage.

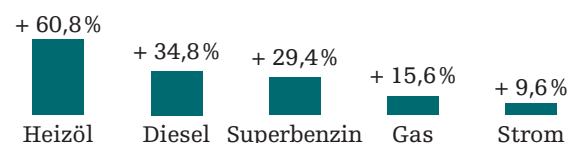
## Die Preistreiber

Die AEA-Studie zeigt, dass die aktuellen Steigerungen aus dem Markt resultieren. Zentraler Treiber sind die LNG-Preise im zunehmend globalisierten Gasgroßhandel. Weil die großen Stromlieferanten langfristige Beschaffungsstrategien verfolgen, kommen Preisänderungen bei den Konsumentinnen und Konsumenten zeitverzögert und abgeschwächt an. Die aktuellen Entwicklungen auf den Großhandelsmärkten deuten für das Frühjahr eine leichte Entspannung. Insgesamt werden sich die Großhandelspreise aber auf einem höheren Niveau einpendeln, als wir es zuletzt gewohnt waren.

Das sind ernüchternde Aussichten. Allerdings verfolgt Österreich eine Stromstrategie, um die Abhängigkeit von Großhandelspreisen bei Fossilen zu reduzieren; und der Grund dafür ist nicht

## Zuwachsraten

Wichtige Preisänderung  
Okt. 2021 zu Okt. 2020



Quelle: Österreichische Energieagentur (AEA),  
Energiepreisindex

Die aktuellen Steigerungen bei Energiepreisen sorgen für Diskussionen – nicht immer aber für die richtigen Argumente.

primär der Strompreis. Doch beim ökologisch angezeigten Ausbau der erneuerbaren Energien wird durch die höheren Strompreise auch der Förderbedarf sinken. Obsolet wird dieser zwar nicht, denn Förderungen bieten die so wichtige Investitionssicherheit. Aber Projekte, die bisher kaum überlebensfähig waren, werden nun konkurrenzfähig. Durch steigende Strompreise sinken aber eben auch die Ökostromkosten und fangen so zumindest einen Teil der Steigerungen ab.

## Gegenstrategien

Für weitere dämpfende Maßnahmen zur Wahrung der sozialen Verträglichkeit hat die EU-Kommission eine Toolbox mit einer Reihe von Empfehlungen veröffentlicht. Hebel dabei ist der traditionell hohe Anteil an Steuern und Abgaben am Strompreis. Mit der temporären Aussetzung des EAG-Förderbeitrags für 2022 machte die Regierung schon einen ersten Schritt. Weitere wie das Aussetzen der EAG-Förderpauschale, die Senkung der Umsatzsteuer von 20 auf 10 Prozent, die Senkung oder gar Aussetzung der Elektrizitäts- und Erdgasabgabe oder die zielgerichtete Verwendung der ETS-Erlöse für schutzbedürftige Kunden wären möglich. Einen weiteren, auch langfristig wirksamen Ausweg aus der aktuellen Situation gäbe es

zusätzlich: Denn was Kunden ebenso wie der Branche fehlt, ist Planbarkeit. Mit einer Änderung bei den „Allgemeinen Lieferbedingungen“ im ElWOG könnte ein stabilisierendes Element geschaffen werden, das sowohl bei der Weitergabe von fallenden wie auch von steigenden Preisen Rechtssicherheit schafft. Werden hier klare Klauseln festgelegt, sollte künftig auch die Überraschung bei Preissenkungen und -steigerungen überschaubar bleiben.

Die AEA-Studie zum Download finden Sie unter [bit.ly/32ocHOY](https://bit.ly/32ocHOY)

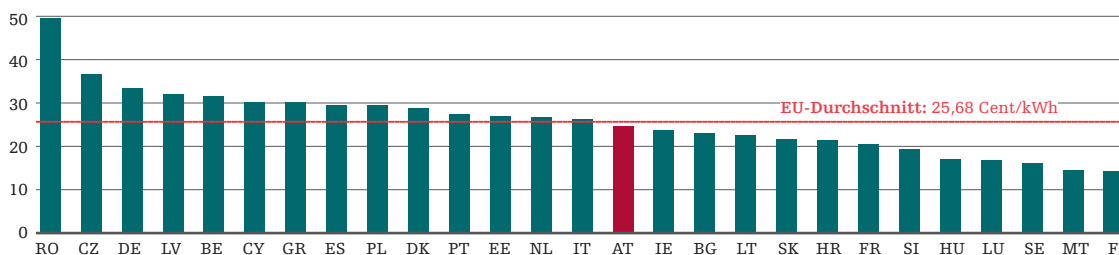
## Unsere Position:

- › Keine Eingriffe in einen gut funktionierenden Markt
- › Raschen Umbau des Energiesystems ermöglichen
- › Rechtssicherheit für Preisänderungen durch eine gesetzliche Grundlage
- › Möglichkeiten der EU-Toolbox zur Wahrung der sozialen Verträglichkeit ausschöpfen

## Unter Schnitt

Strompreise für Haushaltskunden (inkl. Steuern und Abgaben) in Europas Hauptstädten

(kaufkraftbereinigt) Endkundenpreis in Cent/kWh



Quelle: Household Energy Price Index (Stand: November 2021)

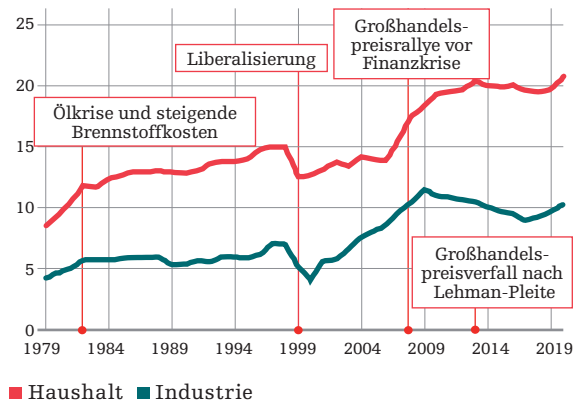
Die heimischen Endkundenpreise für Strom liegen (kaufkraftbereinigt) unter dem EU27-Durchschnitt)

# Fakten zum Strompreis

## STROM IN ZAHLEN UND BILDERN

### Stabile Preise

Angaben in Cent/kWh, nominell

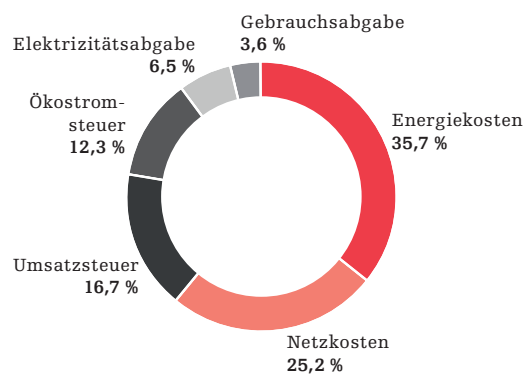


Der Langzeitvergleich macht sicher: Die Strompreise für Haushalte und Industrie erleben seit über 40 Jahren eine stabile Entwicklung. Schwankungen im Großhandel erreichen die Kunden meist nur gedämpft und verzögert.

Quelle: Internationale Energieagentur, Darstellung von AEA

### So kommt's zum Strompreis

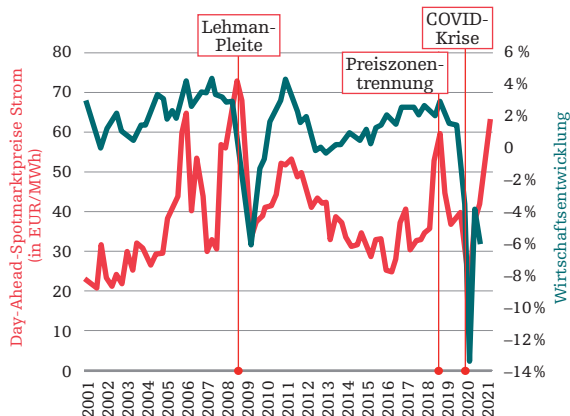
Angaben in Prozent



Ein Blick aufs Zustandekommen des Strompreises verdeutlicht, dass Energie- und Netzkosten zusammengenommen nur rund 60 Prozent der Kosten ausmachen. Knapp 40 Prozent entfallen auf diverse Steuern und Abgaben. Hier besteht durchaus Potenzial für Senkungen.

Quelle: E-Control

### Gleichschritt oder Dissonanz?

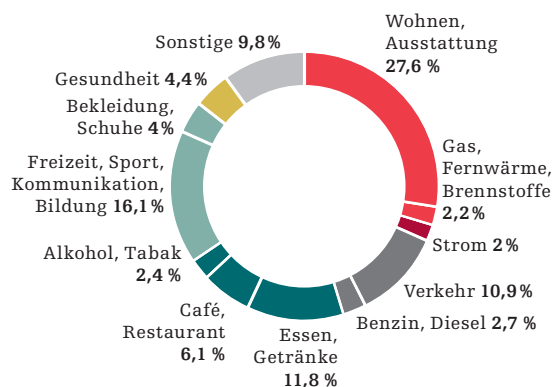


Vergleicht man die wirtschaftliche Entwicklung mit den Strommarkt-Preisen, zeigen sich meist parallele Entwicklungen. Nach einem Tiefpunkt 2016 sind die Großhandelspreise entgegen der wirtschaftlichen Entwicklung auf ein Hoch, 2022 ist aber eine Abflachung zu erwarten.

Quelle: Statistik Austria

### Wofür Haushalte Geld ausgeben

Angaben in Prozent



Strom befindet sich im Vergleich zu anderen Positionen am unteren Ende der Haushaltsausgaben. Im Schnitt gibt ein österreichischer Haushalt nur zwei Prozent des verfügbaren Einkommens für Strom aus, selbst Alkohol und Tabak schlagen mit mehr Kosten zu Buche.

Quelle: Statistik Austria

# Europäische Energiepolitik

## Deutsche Grünlichkeit

Mit dem Abgang von Angela Merkel ging in Deutschland eine Ära zu Ende. Die neue Ampelkoalition unter SPD-Kanzler Olaf Scholz setzt auf grüne Energiepolitik. Die Vorhaben sind durchaus ambitioniert.

Meist gilt der große Nachbar als Vorreiter, der hierzulande imitiert wird. Bei der Energiepolitik ist das anders. Im Vergleich zu Österreich (mit beinahe 80 Prozent Erneuerbaren-Anteil an der Stromproduktion) steht Deutschland mit rund 45 Prozent deutlich schlechter da.

### Ampel schaltet auf Go

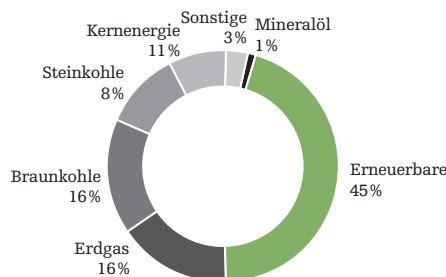
Nach der für Europa prägenden Ära Angela Merkel kommt nun erstmals die Ampel – eine Koalition aus SPD, Grünen und FDP – ans Ruder. Im 178-seitigen Koalitionsvertrag setzt sie ein energiepolitisches Ausrufezeichen. Neben der sektorenübergreifenden Gesamtrechnung für die Pariser Klimaziele und einem „Klimacheck“ für neue Gesetze sticht dabei der Fokus auf den Erneuerbaren-Ausbau ins Auge. Ist in Österreich das Erreichen des 100%-Ziels für Erneuerbare (national bilanziell) bis 2030 ambitioniert, gilt das für Deutschland erst recht: Dort hat sich die Koalition das Ziel eines 80%-Anteils von Erneuerbaren am Bruttostrombedarf bis 2030 gesetzt. Bis dahin soll der Kohleausstieg erfolgen; schon bis 2022 der Atomausstieg; die Verdoppelung der installierten Leistung bei Photovoltaik auf 200 Gigawatt (GW)

wird angestrebt; die Offshore-Windkraft soll auf 30 GW, die Onshore-Windkraft um mehr als 100 GW steigen; und die dafür verfügbare Landesfläche soll vervierfacht werden (von 0,5 auf zwei Prozent). So nebenbei setzt man sich auch bei der Wasserstoff-Strategie kecke Ziele und hat die Ertüchtigung der Netzinfrastruktur vor sich.

### Österreich-Connection

Aus heimischer Sicht fällt auf, dass Erdgas als unverzichtbar für die Übergangszeit der Energiewende gilt. Gaskraftwerke werden für die Versorgungssicherheit als wesentlich gesehen; ein Ausstieg aus der Erdgasverstromung bis 2040 ist nicht vorgesehen. Beim CO<sub>2</sub>-Preispfad gibt es keine Änderungen zum großkoalitionären Weg – hier ist man im Gleichschritt mit Österreich. Anders als hierzulande setzt man aber weniger auf Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften – „Bürgerenergie“ soll aber für mehr Akzeptanz der Energiewende sorgen. In puncto Energieeffizienz setzt die Ampel-Koalition offenbar weiterhin auf eine Umsetzung mit ausschließlich strategischen Maßnahmen, wie CO<sub>2</sub>-Bepreisung sowie Förderprogrammen.

### Aufholbedarf beim Nachbarn



Der deutsche Stromerzeugungsmix basiert im Gegensatz zu Österreich stark auf Fossilen und Atomenergie.

Quelle: BDEW-Schnellstatistikerhebung, Destatis, EEX, VGB, ZSW; Stand 11/2021

### Unsere Position:

- › Stärkere Einbeziehung von Sektoren wie Verkehr und Wärme auch bei uns
- › Pragmatischer Zugang zum Beitrag von Gaskraftwerken wie in Deutschland
- › Entwicklung einer zukunftssträchtigen Wasserstoff-Strategie

Nach Jahren der Nichtbeachtung des Themas scheint aktuell die Angst vor einem Blackout ins Unermessliche zu steigen. Beide Ansätze sind unbegründet: was für die Versorgungssicherheit wirklich erforderlich ist.

Die Wellenbewegungen in der Debatte sind oft schwer erklärbar: Nachdem es viele Jahre lang so war, dass jeder, der über den Begriff Versorgungssicherheit auch nur ein Wort verlor, sofort als Schwarzmaler galt, scheint sich die Diskussion nun in ihr Gegenteil zu verkehren. Ein großflächiger Blackout wird – wohl unter dem Eindruck der Pandemie – fast vorausgesetzt.

### Energiepolitisches Impfen

Nun hat die Furcht vor einem Blackout ihre Berechtigung, denn wirtschaftliche wie gesellschaftliche Konsequenzen wären gravierend. Gerade vor den Winter sind mit Blick auf krisenhafte Erscheinungen vom Jahresbeginn (Kroatien, Texas) Warnungen ernst zu nehmen. Das Versorgungsniveau aber ist nach wie vor sehr gut. Damit es so bleibt, muss das System aber gegen Ausfälle „geimpft“ und für die Zeit der Energiewende fit werden. Und das geht so:

1. Bewusstsein schärfen. Es braucht eine stärkere Abstimmung der Stakeholder, um Krisen zu verhindern. Auch ein Sicherheits-Check für Gesetze wäre – in Anlehnung an den deutschen „Klimacheck“ (s. S. 5) – anzudenken.

### Mit Sicherheit versorgen

KWK-Anlagen, Pumpspeicher, Netze – die energiepolitischen Sicherungssysteme für unsere Versorgungsqualität müssen gestärkt werden.



Kraftwerk Simmering, *Wien Energie/Ian Ehm*; Hochspannungsnetz, *Wiener Netze/WES*; Pumpspeicher in Kaprun, *Christian Fischer*

Nicht zuletzt braucht es mehr Kooperation auf europäischer Ebene.

2. Infrastruktur stärken und ausbauen. Die Erhöhung und der Ausbau der Netze müssen angegangen werden, um auf die Herausforderungen der Energiezukunft vorbereitet zu sein. Es gilt, Flexibilitäts- und Speicheroptionen zu ziehen. Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt, der Neubau gesicherter Leistung muss forciert werden. Wir brauchen mehr Speicher sowie deren Befreiung von Abgaben – und: die Bedingungen für den regionalen Netzwiederaufbau sind zu adaptieren.
3. Alternativ denken. Der Einsatz von Grünen Gasen kann eine Lösung sein, etwa auf Wasserstoff-Basis. Diese Alternative – im Konnex mit Kraft-Wärme-Kopplung-Anlagen – kann die Sicherheit des Systems steigern.
4. Forschung & Innovation. Gerade was neue Speicher-Optionen angeht, hinken wir noch immer hinterher. Die Chancen der Digitalisierung sollten stärker genutzt werden.
5. Cybersecurity stärken. Risikoanalysen müssen ausgebaut, Gesetzesvorhaben auf ihre Folgen für die Cybersecurity gecheckt werden.

### Unsere Position:

---

- › **Ausbau der Netze und Speicher – Netzentgeltentlastungen von Speichern mit ihren system- und netzdienlichen Eigenschaften**
- › **Anerkennung der Bedeutung von thermischen Kraftwerken**
- › **Netzinseln für den Wiederaufbau schaffen**
- › **Investitionen in F&E sowie eine konsistente Cybersecurity-Strategie**

# Veranstaltungen

TERMINE

## 8.–9. März Seminar Österreichs E-Wirtschaft kompakt

Lernen Sie bei diesem Webinar wirtschaftliche und technische Zusammenhänge der E-Wirtschaft kennen, und erfahren Sie mehr über die Hintergründe und die aktuellen Entwicklungen in den Bereichen Erzeugung, Netze, Handel & Vertrieb und Recht. Darüber hinaus erhalten Sie Einblicke in das Energierecht und in die energiewirtschaftlichen Mechanismen der EU. Weiters rundet ein Bericht über die Austrian Power Grid Control, das Nervenzentrum des österreichischen Übertragungsnetzes, das Angebot ab.

[akademie.oesterreichsenergie.at](http://akademie.oesterreichsenergie.at)

## 21. April Seminar Recht in der Energiewirtschaft

Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz, EIWOG, Energieeffizienzgesetz, EU-Strombinnenmarkt-RL, Umwelt und Anlagenrecht – die rechtlichen Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft werden immer komplexer. Damit steigen auch die Anforderungen an Sie als Mitarbeiter in der Energiewirtschaft. Selbst Nichtjuristen müssen heute in der Lage sein, die Feinheiten der gesetzlichen Grundlagen zu kennen.

Und genau hier setzt unser Seminar an. Wir vermitteln Ihnen eine Einführung in die wichtigsten aktuellen Themenfelder des Elektrizitätswirtschaftsrechts. Damit Sie sich in Zukunft auch innerhalb des rechtlichen Rahmens der Energiewirtschaft gut zurechtfinden!

Besonderes Augenmerk liegt auf folgenden Themen:

- Rechtsgrundlagen der Europäischen Union
- Energieeffizienzgesetz NEU
- Energiegemeinschaften im Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzespaket
- Aktuelle Vertriebs- und Kundenthemen in Umsetzung der EU-Strombinnenmarkt-RL
- Umwelt- und Anlagenrecht
- Förderungen in der Energiewirtschaft

[akademie.oesterreichsenergie.at](http://akademie.oesterreichsenergie.at)

# Oesterreichs Energie

## ÜBER UNS



Generalsekretärin Dr. Barbara Schmidt

Oesterreichs Energie ist die Interessenvertretung der heimischen E-Wirtschaft. Deren Präsident ist aktuell VERBUND AG-Vorstandsvorsitzender Mag. Dr. Michael Strugl, MBA; Vizepräsidenten sind Dr. Leonhard Schitter, MA (Vorstandssprecher der Salzburg AG), KommR Prof. Ing. DDr. Werner Steinecker, MBA (Vorstandsvorsitzender der Energie AG Oberösterreich) und Mag. Stefan Szyszkowitz, MBA (Vorstandsdirektor der EVN AG).

Seit 1953 vertritt Oesterreichs Energie die Interessen ihrer Mitglieder in deren Tätigkeitsfeldern: Erzeugung, Netze und Handel & Vertrieb. Dabei arbeitet Oesterreichs Energie laufend mit nationalen und internationalen politischen Entscheidungsträgern, Behörden und Körperschaften zusammen und vertritt die akkordierten Positionen der gesamten Branche. Derzeit repräsentiert Oesterreichs Energie rund 140 Unternehmen, die rund 20.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen, und schließt jährlich die Kollektivverträge für Arbeiter und Angestellte der Elektrizitätsunternehmen für das gesamte Bundesgebiet ab.

Die von Oesterreichs Energie vertretenen Mitglieder generieren mehr als 90 Prozent der gesamten österreichischen Stromerzeugung mit

einer Engpassleistung von mehr als 26.000 MW und einer Brutto-Stromerzeugung von rund 72 TWh im Jahr 2020. Darüber hinaus werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Unternehmen rund 260.000 km Leitungen betrieben und ausgebaut.

Die Leistungen der E-Wirtschaft haben weitreichende Effekte über den Sektor hinaus: Jede investierte Milliarde Euro der E-Wirtschaft bewirkt ein Produktionsvolumen von rund zwei Milliarden Euro in der gesamten heimischen Volkswirtschaft.

Pro investierter Milliarde Euro schafft beziehungsweise sichert die E-Wirtschaft 7.300 Arbeitsplätze und erhöht die Wertschöpfung in Österreich um 700 Millionen Euro.

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen und stehen Ihnen für Auskünfte und weitergehende Hintergrundinformationen jederzeit gerne zur Verfügung!

Generalsekretärin Dr. Barbara Schmidt  
b.schmidt@oesterreichsenergie.at

Sie finden die Energiebriefe in elektronischer Form auch unter [oesterreichsenergie.at/publikationen](https://www.oesterreichsenergie.at/publikationen)



Impressum  
Österreichs E-Wirtschaft | Brahmplatz 3, 1040 Wien  
Tel. +43 (0) 1 501 98-225 | Fax +43 (0) 1 501 98-900  
[www.oesterreichsenergie.at](http://www.oesterreichsenergie.at)